

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>23.04.2024</b>
Thema	<b>Bildung und Forschung</b>
Schlagworte	<b>Keine Einschränkung</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Parlamentarische Initiative</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2023</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernath, Magdalena  
Ehrensperger, Elisabeth  
Flückiger, Bernadette  
Gerber, Marlène  
Guignard, Sophie  
Mosimann, Andrea  
Rohrer, Linda  
Schär, Suzanne  
Zumofen, Guillaume

## Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Ehrensperger, Elisabeth; Flückiger, Bernadette; Gerber, Marlène; Guignard, Sophie; Mosimann, Andrea; Rohrer, Linda; Schär, Suzanne; Zumofen, Guillaume 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Bildung und Forschung, Parlamentarische Initiative, 1998 – 2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 23.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Bildung, Kultur und Medien</b>	1
Bildung und Forschung	1
Grundschulen	4
Berufsbildung	8
Hochschulen	13
Forschung	15

# Abkürzungsverzeichnis

<b>UNO</b>	Organisation der Vereinten Nationen
<b>EFTA</b>	Europäische Freihandelsassoziation
<b>WTO</b>	Welthandelsorganisation
<b>KVF-NR</b>	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates
<b>BBT</b>	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
<b>ETH</b>	Eidgenössische Technische Hochschule
<b>EDK</b>	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
<b>SPK-NR</b>	Staatspolitische Kommission des Nationalrats
<b>WBK-SR</b>	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>EVD</b>	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
<b>SHK</b>	Schweizerische Hochschulkonferenz
<b>SBFI</b>	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
<b>KMU</b>	Kleine und mittlere Unternehmen
<b>SODK</b>	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
<b>WAK-NR</b>	Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats
<b>EUA</b>	European University Association
<b>CRUS</b>	Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten
<b>FIFG</b>	Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation
<b>WBK-NR</b>	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats
<b>gfs.bern</b>	Forschungsinstitut gfs.bern
<b>Innosuisse</b>	Schweizerische Agentur für Innovationsförderung
<b>BBG</b>	Berufsbildungsgesetz
<b>HFKG</b>	Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz

---

<b>ONU</b>	Organisation des Nations unies
<b>AELE</b>	Association européenne de libre-échange
<b>OMC</b>	Organisation mondiale du commerce
<b>CTT-CN</b>	Commission des transports et des télécommunications du Conseil national
<b>OFFT</b>	Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie
<b>EPF</b>	École polytechnique fédérale
<b>CDIP</b>	Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
<b>CIP-CN</b>	Commission des institutions politiques du Conseil national
<b>CSEC-CE</b>	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des Etats
<b>UE</b>	Union européenne
<b>DFE</b>	Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche
<b>CSHE</b>	Conférence suisse des hautes écoles
<b>SEFRI</b>	Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation
<b>PME</b>	petites et moyennes entreprises
<b>CDAS</b>	Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales
<b>CER-CN</b>	Commission de l'économie et des redevances du Conseil national
<b>EUA</b>	Association des universités européennes
<b>CRUS</b>	Conférence des Recteurs des Universités Suisses
<b>LERI</b>	Loi fédérale sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation
<b>CSEC-CN</b>	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national
<b>gfs.bern</b>	Institut de recherche gfs.bern
<b>Innosuisse</b>	Agence suisse pour l'encouragement de l'innovation
<b>LFP</b>	Loi fédérale sur la formation professionnelle
<b>LEHE</b>	Loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles

# Allgemeine Chronik

## Bildung, Kultur und Medien

### Bildung und Forschung

#### Bildung und Forschung

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 23.06.1998  
ELISABETH EHRENSPERGER

Der Nationalrat gab einer parlamentarischen Initiative Zbinden (sp, AG) Folge, die eine Koordination der nationalen Bildung via Verfassungsartikel anregt. Schon die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) hatte sich hinter den **Bildungsrahmenartikel** gestellt. Die internationale Harmonisierung im Bildungswesen bedinge eine nationale Harmonisierung. Konkret seien variable, nahtlos zusammenfügbare und somit "europakompatible und entwicklungsöffene" Bildungsgänge vornehmlich in den Bereichen Berufsbildung sowie tertiäre (Universitäten und Fachhochschulen) und quartäre Bildung (Weiterbildung) zu ermöglichen. Das Volksschulwesen sei nach wie vor in der Regelungskompetenz der Kantone zu belassen. Bestritten wurde die Initiative von Nationalrat Hasler (svp, AG). Mit dem Vorstoss werde eine neue Bundesaufgabe eingeführt, ohne über die finanziellen Folgen konkrete Angaben zu machen bzw. ohne den Sparappell vom "Runden Tisch" zu berücksichtigen.<sup>1</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 22.06.2000  
ELISABETH EHRENSPERGER

Der Nationalrat gewährte ohne Diskussion eine Fristverlängerung zur Ausarbeitung einer Vorlage im Sinne der Parlamentarischen Initiative Zbinden (sp, AG) für einen **Bildungsrahmenartikel** in der Bundesverfassung bis zur Herbstsession 2001.<sup>2</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 04.10.2001  
ELISABETH EHRENSPERGER

Der Nationalrat gewährte eine zweite Fristverlängerung zur Ausarbeitung einer Vorlage im Sinne der parlamentarischen Initiative Zbinden (sp, AG) für einen **Bildungsrahmenartikel** in der Bundesverfassung bis zur Herbstsession 2002.<sup>3</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 15.05.2004  
MAGDALENA BERNATH

Basierend auf einer parlamentarischen Initiative Zbinden (sp, AG) gab die WBK des Nationalrats einen Entwurf zu einem **Bildungsrahmenartikel** in die Vernehmlassung. Dieser soll die Verfassungsgrundlage bieten, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Bildungswesens zu erhöhen, die interkantonale und internationale Mobilität zu erleichtern und die kantonalen Bildungssysteme in Teilbereichen gesamtschweizerisch zu harmonisieren (Dauer der Bildungsstufen, ihre Übergänge und die Anerkennung von Abschlüssen). Der Entwurf stiess bei Parteien und Organisationen mehrheitlich auf Zustimmung. Die Kantone und die CVP sprachen sich für eine subsidiäre Bundeskompetenz aus, d.h. der Bund soll nur dann mit einseitigen Regelungen in die Schulhoheit der Kantone eingreifen, wenn diese sich nicht auf eine Lösung einigen können. FDP, SP und Grüne optierten für eine aktivere Rolle des Bundes. Einzig die SVP meldete grundsätzliche Vorbehalte an; für die notwendigen Änderungen genügten die bestehenden Verfassungsgrundlagen. Die Universitätskonferenz befürwortete eine klarere Regelung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen; die Konferenz der Fachhochschulen vermisste die Verankerung eines Ordnungsprinzips, nach welchem die Hochschullandschaft funktionieren soll, dem Dachverband „Berufsbildung Schweiz“ und dem Gewerbeverband fehlte eine Verankerung der Gleichstellung von allgemeinen und berufsorientierten Bildungswegen.<sup>4</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 07.06.2004  
MAGDALENA BERNATH

Der Nationalrat lehnte eine parlamentarische Initiative der SP-Fraktion ab, welche einen Drittel der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank für eine **Bildungsoffensive** einsetzen wollte; der Vorstoss wurde zusammen mit der Botschaft des Bundesrates zur Verwendung des überschüssigen Nationalbankgoldes behandelt.<sup>5</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 23.06.2005  
MAGDALENA BERNATH

Im Sommer präsentierte die WBK des Nationalrats ihren Entwurf zu einem **Bildungsrahmenartikel**, den sie zusammen mit der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) erarbeitet hatte. Die Vorlage geht über die ursprüngliche Zielsetzung der parlamentarischen Initiative Zbinden (sp, AG) aus dem Jahr 1997 hinaus und fasst die unmittelbar bildungsbezogenen Artikel der Bundesverfassung (Art. 62-67 BV) neu. Sie zielt darauf ab, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Bildungswesens zu erhöhen, die interkantonale und internationale Mobilität zu erleichtern und die kantonalen Bildungssysteme in einzelnen Punkten gesamtschweizerisch zu harmonisieren. Die wichtigsten Neuerungen beinhalten: 1. die Verankerung von Qualität und Durchlässigkeit als wegleitende Ziele; 2. die ausdrückliche Pflicht zur Koordination und Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen; 3. die gesamtschweizerisch einheitliche Regelung von Eckwerten bezüglich des Schuleintrittsalters und der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge sowie der Anerkennung von Abschlüssen; 4. die gemeinsame Verantwortung von Bund und Kantonen für die Koordination und für die Gewährleistung der Qualitätssicherung im Hochschulwesen; 5. eine einheitliche Regelung der Studienstufen und deren Übergänge, der akademischen Weiterbildung, der Anerkennung von Institutionen sowie der Finanzierungsgrundsätze für die Hochschulen; 6. eine Rahmengesetzgebung des Bundes für die allgemeine Weiterbildung. – Kommt die angestrebte Regelung der Eckwerte im Schulwesen oder die Erreichung der Ziele auf der Hochschulstufe nicht auf dem Koordinationswege zustande, erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften; zudem kann er die Unterstützung der Hochschulen an einheitliche Finanzierungsgrundsätze binden und von der Aufgabenteilung zwischen den Hochschulen in besonders kostenintensiven Bereichen abhängig machen.<sup>6</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 31.12.2005  
MAGDALENA BERNATH

Die Vorlage stiess im **Nationalrat** auf ein mehrheitlich positives Echo. Für die CVP stellte sie einen wichtigen Schritt für die Wissensgesellschaft Schweiz des 21. Jahrhunderts dar, die FDP hielt die Reform für notwendig, damit die Schweiz im Bildungsbereich im europäischen Vergleich weiterhin konkurrenzfähig bleibe. Die Grünen und ein Teil der Ratslinken bedauerten jedoch, dass ein umfassendes Recht auf Bildung, das Mitbestimmungsrecht für Studierende und eine einheitliche Regelung im Stipendienwesen nicht Eingang in die neuen Bestimmungen gefunden hatten. Während die Rechtskonservativen den Bildungsrahmenartikel ablehnten, weil sie ihn als Gefahr für den Föderalismus und die kantonale Autonomie betrachteten, hielt die äusserste Linke die Vorlage für undemokratisch; ein Rückweisungsantrag Zisyadis (pda, VD), der die Einführung eines Volks- oder Kantonsreferendums gegen interkantonale Verträge verlangt hatte, blieb mit 158:4 Stimmen chancenlos. In der Detailberatung nahm der Nationalrat nur minimale Änderungen am Vorschlag seiner WBK vor: So hiess er mit 106:62 Stimmen einen Einzelantrag Triponez (fdp, BE) gut, welcher Bund und Kantone verpflichtet, sich für die Gleichwertigkeit von rein schulischer und beruflicher Bildung einzusetzen. Abgelehnt wurden sowohl zwei Minderheitsanträge Rutschmann (svp, ZH), welche dem Bund mehr Zurückhaltung auferlegen wollten, wenn die Harmonisierung des Schulwesens nicht auf dem Koordinationsweg zustande kommen sollte resp. im Bereich der Weiterbildung, als auch ein Minderheitsantrag Stump (sp, AG) zur Ausweitung der Kompetenzen des Bundes; hier hatte die Linke die Bestimmung streichen wollen, wonach der Mitwirkung der Kantone besonderes Gewicht zukommt, falls der Bund Erlasse vorbereitet, die ihre Zuständigkeiten betreffen. Die Vorlage passierte die Gesamtabstimmung mit 152:8 Stimmen bei 7 Enthaltungen.<sup>7</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 31.12.2005  
MAGDALENA BERNATH

Auch der **Ständerat** begrüsst die **Bildungsverfassung** und beschloss ohne Gegenstimme Eintreten. Namens der für den Hochschulartikel zuständigen Subkommission erklärte Bieri (cvp, ZG), dass die kantonalen Universitäten, die ETH und die Fachhochschulen künftig auf der gleichen Verfassungsgrundlage basierten und unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Zielsetzungen und Trägerschaften gleich behandelt würden. Ihre Steuerung erfolge primär über eine partnerschaftliche Kooperation unter den verschiedenen Hochschulträgern und über eine umfassende Koordination von Bund und Kantonen durch ein gemeinsames Lenkungsorgan. In der Detailberatung stimmte die kleine Kammer einer von ihrer WBK vorgeschlagenen Präzisierung der von Nationalrat Triponez (fdp, BE) eingebrachten Ergänzung zur Gleichwertigkeit der verschiedenen Bildungswege zu und billigte die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 32:0 Stimmen. In zweiter Lesung schloss sich die grosse Kammer dieser Umformulierung diskussionslos an. Die Räte verabschiedeten den Bildungsrahmenartikel in der Schlussabstimmung mit 176:3 Stimmen bei 7 Enthaltungen (Nationalrat) und 44:1 Stimmen (Ständerat).<sup>8</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 21.05.2006  
MAGDALENA BERNATH

Nach einem lauen Abstimmungskampf nahmen Volk und alle Stände bei einer Beteiligung von 27,8% die Verfassungsänderung zur Bildung mit **85,6% Ja-Stimmen** an. Am meisten Zuspruch erhielt die Vorlage in Bern (92,9%); über 90% Ja-Stimmen resultierten auch in Neuenburg, Basel-Stadt, der Waadt, Solothurn und Basel-Land. Am skeptischsten zeigten sich das Tessin (59,7%) und Appenzell Innerrhoden (59,2%). Die hohe Zustimmung von 85,6% hat Seltenheitswert; einen ähnlichen Wert erreichten nur weniger als zehn von den über 500 Urnengängen seit der Gründung des Bundesstaates. Ebenfalls bemerkenswert ist die sehr tiefe Stimmbeteiligung von 27,8% (Durchschnitt 1992–2002: 44%): Seit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 fiel die Beteiligung nur bei drei Urnengängen (von rund 280) unter die 30%-Marke.

#### Abstimmung vom 21. Mai 2006

Beteiligung: 27,8%  
Ja: 1 137 450 (85,6%) / 20 6/2 Stände  
Nein: 191 666 (14,4%) / 0 Stände

Parolen:

- Ja: CVP, FDP, SP (1\*), SVP (4\*), GP (1\*), LP, CSP, EVP, EDU, FP; economiesuisse, SGB, Travail Suisse, SGV, SBV, ZSA, Erziehungsdirektorenkonferenz, Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, Schweizerische Universitätskonferenz, Verband Schweizer Hochschulstudierender.
- Nein: PdA, Lega, KVP; Centre patronal.
- Stimmfreigabe: SD.

\* In Klammer Anzahl abweichender Kantonalsektionen <sup>9</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 22.05.2006  
MAGDALENA BERNATH

Die niedrige Stimmbeteiligung erklärt die Autorin der **Vox-Analyse** mit der ausgebliebenen Kampagne, fehlender Betroffenheit und entsprechend geringer Mobilisierung. Gemäss der Nachbefragung votierten alle Bevölkerungsgruppen unabhängig von Sprachregion, Alter, Geschlecht, sozialer Schicht und politischer Einstellung für ein Ja. Einzig bei der SVP-Anhängerschaft fiel die Zustimmung mit 68% etwas verhaltener aus als bei den übrigen Regierungsparteien mit über 90%. <sup>10</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 24.09.2008  
ANDREA MOSIMANN

Auf die **Förderung der beruflichen Weiterbildung** zielte auch eine parlamentarische Initiative Rennwald (sp, JU), welche die Wochenarbeitszeit verkürzen und den Arbeitnehmern die dadurch gewonnene Zeit je zur Hälfte für Ausbildung und Freizeit zur Verfügung stellen wollte. Der Vorstoss wurde vom Nationalrat in der Herbstsession mit 111 zu 53 Stimmen abgelehnt. <sup>11</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 17.11.2011  
SUZANNE SCHÄR

Anfang des Berichtsjahrs forderte die WBK-NR den Bundesrat mit einer Parlamentarischen Initiative konkret dazu auf, in der neuen Legislatur (2011–2015) die **Zusammenführung der Bereiche Bildung und Forschung sowie Technologie und Innovation** in einem Departement vorzusehen. Die beiden Ersten sind derzeit im Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) unter dem Dach des EDI zusammengefasst, während für Letztere das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) im EVD zuständig ist. Die WBK-SR sah den Anpassungsbedarf auch in der Zielsetzung der Räte gegeben, über das neue Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) zu einer landesweit koordinierten Hochschulpolitik zu finden (siehe unten). Unter der Voraussetzung, dass der Bundesrat in Bezug auf das gewünschte Bildungsdepartement untätig bleiben sollte, verlangte der Initiativtext die Übertragung der Verwaltungsorganisationskompetenz von der Regierung an die Räte. Diese würde über eine entsprechende Anpassung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) erfolgen. Zwei Tage nachdem die WBK-SR ihre Zustimmung zur nationalrätlichen Initiative gegeben hatte, liess der Bundesrat verlauten, den geforderten Departementsumbau auf Anfang 2013 umzusetzen. Dabei sollen das SBF und die ETH aus dem EDI herausgelöst und unter dem Dach des EVD – ab 2013 Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) – mit dem BBT zusammengeführt werden. Aufgrund des bundesrätlichen Versprechens zog die WBK-NR die Initiative zurück. <sup>12</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 18.11.2019  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Mittels einer parlamentarischen Initiative wollte Fathi Derder (fdp, VD) **KMU und Start-Ups den Zugang zu Geldern für Innovationsprojekte erleichtern**. Dafür soll das FIGG so geändert werden, dass KMU und Start-Ups direkt finanzielle Mittel von der Innosuisse erhalten können, sofern sie die Voraussetzungen erfüllen. Sie müssten dafür in Zukunft nicht mehr mit einer Hochschule zusammenarbeiten, was Ressourceneinsparungen bringen würde, so Derder.

Eine Mehrheit der WBK-NR stimmte der parlamentarischen Initiative zu. In ihrer Medienmitteilung liess sie verlauten, dass die Gesetzesänderung vor allem auf innovative KMU und Start-Ups zugeschnitten werden soll, denen die Mittel zur internen Entwicklung und die zeitlichen Möglichkeiten fehlen, das Verfahren für die finanzielle Akquisition über eine Hochschule abzuwickeln. Eine Minderheit der WBK-NR war der Meinung, dass zuerst die Ergebnisse der ohnehin anstehenden Revision des FIGG abzuwarten seien. Nachdem die WBK-NR der Initiative mit 15 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen Folge gegeben hatte, wurde das Geschäft an der Sitzung der WBK-SR sistiert. Eine Mehrheit der WBK-SR wollte zuerst die Ergebnisse der FIGG-Revision abwarten, die in eine ähnliche Richtung ziele.<sup>13</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 23.02.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Die WBK-SR befasste sich im Februar 2021 erneut mit einer parlamentarischen Initiative zum Thema Innovation bei KMU und Start-Ups. Diese Initiative, eingereicht von Fathi Derder (fdp, VD) und inzwischen übernommen von Christian Wasserfallen (fdp, BE), will **KMU und Start-Ups den Zugang zu Geldern für Innovationsprojekte erleichtern**. Nachdem die WBK-SR die Initiative zuerst sistiert hatte, entschied sie sich nun, ihr keine Folge zu geben (8 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen).<sup>14</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 17.06.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Der Nationalrat befasste sich in der Sommersession 2021 mit der parlamentarischen Initiative Derder (fdp, VD), mittlerweile übernommen durch Christian Wasserfallen (fdp, BE), welche beabsichtigte, die Innosuisse zur **Förderung von Innovationsprojekten von Unternehmen** ohne Forschungspartner zu ermächtigen. Die grosse Kammer hatte diese Thematik bereits im Rahmen der Beratung zur Änderung des Gesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation kurz diskutiert und gab der Initiative keine Folge. Sie ist damit erledigt.<sup>15</sup>

## Grundschulen

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 20.09.2005  
MAGDALENA BERNATH

Im Berichtsjahr verstärkte sich der öffentliche Druck zur Schaffung von **Tagesstrukturen an den Schulen**: Nicht nur wurden auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene zahlreiche politische Vorstösse eingereicht, im Sommer forderte auch der Schweizerische Lehrerinnen- und Lehrerverband (LCH) alle Kantone und Gemeinden auf, für Schülerinnen und Schüler Tagesschulen anzubieten. LCH schätzte die Kosten auf 500 Fr. pro Schüler und Monat. Kurz darauf präsentierte Avenir Suisse ein rund 160-seitiges „Einmaleins der Tagesschule“, das den zuständigen Behörden konkrete Hilfe bei der Einrichtung kommunaler Tagesschulen auf freiwilliger Basis geben will und das an die Schulbehörden aller Gemeinden verschickt werden soll. Der Leitfaden zeigt praxisnah und mit den nötigen Hinweisen auf die politischen und finanziellen Fallgruben auf, wie Gemeindeschulen etappenweise in funktionsfähige Tagesschulen umgewandelt werden können. In der Herbstsession reichte eine breite Koalition von Nationalrätinnen aus allen grossen Parteien fünf parlamentarische Initiativen ein, die einen Verfassungsartikel für Tagesschulen verlangen (Pa.Iv. 05.429; Pa.Iv. 05.430; Pa.Iv. 05.431; Pa.Iv. 05.432; Pa.Iv. 05.440).<sup>16</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 26.06.2006  
MARLÈNE GERBER

Im Jahr 2006 gaben die Kommissionen für Wirtschaft, Bildung und Kultur beider Räte fünf parlamentarischen Initiativen von Nationalrätinnen unterschiedlichster politischer Couleur Folge. Diese wollten in der Bundesverfassung verankern, dass die Kantone und Gemeinden für ein **bedarfsgerechtes ausserfamiliäres Kinderbetreuungsangebot bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit** zu sorgen haben, wobei sie der Bund unterstützen könnte. Während die Initiativen der Nationalrätinnen Christine Egerszegi-Obrist (fdp, AG; Pa.Iv. 05.429), Ruth Genner (gp, ZH; Pa.Iv. 05.430), Jacqueline Fehr (sp, ZH; Pa.Iv. 05.431) und Ursula Haller (svp, BE; Pa.Iv. 05.440) auch ein vorschulisches Betreuungsangebot im Auge hatten, beschränkte sich die parlamentarische Initiative von Kathy Riklin (cvp, ZH; Pa.Iv. 05.432) auf die schulergänzende Betreuung. Den Beschluss auf Folgegeben der sogenannten Tagesschul-Initiativen fasste die WBK-NR mit 20 zu 5 Stimmen, die WBK-SR gar einstimmig. In ihrer Medienmitteilung betonte



die WBK-NR: «Es ist auch nicht mangelnde Eigenverantwortung, welche solche Einrichtungen notwendig macht, sondern die Einsicht, dass diese Investitionen volkswirtschaftlich interessant und gesellschaftspolitisch notwendig sind.»<sup>17</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 20.12.2007  
LINDA ROHRER

Eine parlamentarische Initiative Berberat (sp, NE) aus dem Jahr 2000 wollte, dass die Kantone dafür sorgen, dass als erste Fremdsprache jeweils eine der Amtssprachen des Bundes unterrichtet wird. 2001 hatte der Nationalrat der Initiative Folge gegeben und seine WBK damit beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten. Die Kommission versuchte, das Anliegen im Rahmen des von ihr vorgeschlagenen Sprachengesetzes in Artikel 15 Absatz 3 umzusetzen. Die Bestimmung wurde allerdings im Ständerat ungnädig aufgenommen und der Nationalrat liess sich von einer Kompromisslösung überzeugen. Artikel 15 Absatz 3 des Bundesgesetzes über die Landessprachen besagt nun, dass sich die Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeit für einen Fremdsprachenunterricht einsetzen sollen, der gewährleistet, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache verfügen. Die **Räte lehnten damit die Forderung der parlamentarischen Initiative implizit ab.**<sup>18</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 19.03.2009  
MARLÈNE GERBER

Zwei Jahre nachdem die beiden Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur den fünf **Tagesschul-Initiativen** noch enthusiastisch Folge gegeben hatten, beantragte die WBK-NR im August 2008 mit 14 zu 5 Stimmen (1 Enthaltung) deren **Abschreibung**. Mit Inkrafttreten des unterdessen verabschiedeten HarmoS-Konkordats seien die Ziele der parlamentarischen Initiativen erreicht worden. Eine Umsetzung des Anliegens in Form einer Verfassungsänderung – wie von den Initiativen verlangt – würde durch die dadurch notwendig werdende Volksabstimmung gefährdet, so die Kommission in ihrer Medienmitteilung. Eine Minderheit der zuständigen Subkommission bemängelte hingegen, dass der vorschulische Bereich mit dieser Lösung ausgeklammert bleibe. Diesbezüglich bekräftigte die Kommission ihren Willen durch den Hinweis, dass sie die SODK dazu anregen möchte, eine entsprechende interkantonale Regelung für den Vorschulbereich zu prüfen. Zusätzlich lancierte die WBK-NR eine Motion zur Verlängerung der Anschubfinanzierung für die Förderung familienexterner Betreuungsplätze (Mo. 08.3449). In der Frühjahrsession 2009 kam der Nationalrat dem Antrag seiner Kommission nach und schrieb die fünf parlamentarischen Initiativen ab.<sup>19</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 27.02.2012  
GUILLAUME ZUMOFEN

Sur la question de l'apprentissage des langues nationales, le canton de Zurich a voulu dispenser de cours de français les élèves rencontrant des difficultés. Cette proposition a rallumé le débat sur la question des langues nationales. En effet, des cantons alémaniques ont récemment donné la priorité à l'enseignement de la langue anglaise dans le cursus scolaire, discréditant ainsi la langue française. Ces décisions ont provoqué de vigoureuses réactions du côté du Léman. Hodgers (verts, GE) a déposé une initiative parlementaire qui vise **une priorité aux langues nationales dans l'enseignement des langues à l'école**. Pour Hodgers, il ne s'agissait plus seulement d'une question de pédagogie, mais d'un véritable enjeu de cohésion nationale. Par conséquent, il propose que la Confédération et les cantons assurent en priorité les compétences dans une deuxième langue nationale au moins, ainsi que dans une autre langue étrangère d'ici la fin de la scolarité obligatoire. Pour les partisans du texte, il est non seulement nécessaire d'apprendre une langue nationale, mais surtout d'attiser, à travers cet apprentissage, la curiosité et l'intérêt culturel pour les différentes régions d'une Suisse éclectique. Malgré ces arguments, la CSEC-CN a proposé de refuser cette initiative. L'autonomie des cantons devrait, selon elle, dominer les débats sur les questions d'instruction publique. En conclusion, la chambre du peuple a refusé de donner suite à cette initiative parlementaire par 99 voix contre 66.<sup>20</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 23.09.2012  
GUILLAUME ZUMOFEN

Avec un titre volontairement provocateur, Jacqueline Fehr (ps, SH) a déposé une initiative parlementaire pour **des écoles à horaires continus à la place des avions de combat**. Cette initiative a été présentée comme le fruit des discussions sur l'augmentation du budget de l'armée. Néanmoins, d'après l'auteur du texte, sous ce titre provocateur, se cache un véritable problème pour les citoyens suisses. En marge des arguments liés à la possibilité de réduction du stress chez les enfants, à l'amélioration des liens entre les enseignants et les élèves et à la diminution de la bureaucratie dans les écoles, c'est surtout la question du taux de natalité qui s'est

placée au centre du débat. En d'autres termes, les déficits démographiques auxquels doivent faire face la Suisse pourraient être, selon les partisans de cette initiative, partiellement comblés grâce à une meilleure offre d'écoles à horaires continus qui encouragerait les jeunes couples à procréer. En effet, des horaires continus mieux aménagés que ceux des écoles standards garantiraient aux femmes une insertion facilitée dans le milieu professionnel et répondraient mieux aux besoins familiaux. L'attractivité de la Suisse serait parallèlement augmentée. Pourtant, le Conseil national a suivi sa commission et a refusé l'initiative à 110 voix contre 61. La Commission a estimé que la question doit être traitée sérieusement et surtout séparément de celle du budget militaire, afin d'éviter un débat purement polémique sur un sujet véritablement fondé.<sup>21</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 18.03.2013  
GUILLAUME ZUMOFEN

Une initiative parlementaire déposée par Jacqueline Fehr (ps, SH) a proposé une **année préparatoire volontaire à l'enseignement de base obligatoire**. Cet alinéa 2bis, ajouté à l'article 62 de la Constitution, propose une année préparatoire volontaire et gratuite à l'enseignement de base obligatoire. Il est possible de considérer que le développement de l'enfant dépend entre autres de l'interaction avec son environnement social. Dans cette optique, il est nécessaire de garantir un accès aux établissements, tels que crèches et ateliers de jeu, prévus avant l'école obligatoire. Néanmoins, de telles offres peuvent coûter très cher à des familles à bas ou moyens revenus. Fehr explique donc qu'une telle situation nuit à l'égalité des chances. Il ajoute que le fossé se creuse ainsi, dès l'enfance, entre enfants de milieux privilégiés et enfants d'autres milieux. Si la CSEC-CN a reconnu les arguments de l'initiative, une courte majorité (12 voix contre 11) a proposé de la refuser, considérant que cette question n'est pas à poser au niveau national, mais dans le cadre cantonal. Finalement, le Conseil national a décidé de ne pas donner suite à l'initiative par 115 voix contre 62. Cependant, il faut rappeler que la question de l'éducation et de l'accueil de la petite enfance a été au centre de l'actualité en 2013 avec les votations du 3 mars concernant l'article constitutionnel sur la famille. En effet, les arguments s'appuyant sur la nécessité d'un apprentissage social dans un souci d'intégration et de développement ou encore le risque d'inégalités des chances ont rythmé le débat.<sup>22</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 04.05.2017  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Mittels der parlamentarischen Initiative «**Anstossfinanzierung für Tagesschulen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Unterstützungsfokus auf regional angepasste Modelle inklusive Ferienlösungen**» forderte die BDP-Fraktion, dass die nötigen gesetzlichen Grundlagen ausgearbeitet würden, damit der Bund die Gemeinden bei der Einrichtung von Tagesschulen finanziell unterstützen könne. Diese Anschubfinanzierung sei notwendig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu fördern.

Die WBK-NR gab der Initiative im August 2015 Folge. Dem Bund stünden zwar die nötigen Mittel zur Verfügung, um die Schaffung von Betreuungsplätzen in solchen Strukturen finanziell zu unterstützen. Faktisch seien bislang jedoch vor allem Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und in den schulergänzenden Strukturen geschaffen worden, so die Kommission. Die Mehrheit der WBK-NR unterstützte deshalb das Anliegen der BDP und wollte den Bundesrat in seinen Bestrebungen, die familienergänzende Kinderbetreuung zu verbessern, unterstützen. Die Kommissionsminderheit erachtete die Initiative aufgrund der bereits bestehenden Fördermöglichkeiten als überflüssig.

Die WBK-SR gab der Initiative im November 2016 keine Folge.

Im März 2017 beugte sich die WBK-NR erneut über das Geschäft. In Anbetracht der Tatsache, dass sie in derselben Woche circa CHF 100 Mio. als weitere Anschubfinanzierung für familienergänzende Kinderbetreuung gutgeheissen hatte, war der Enthusiasmus für die finanzielle Unterstützung für Tagesschulen etwas abgeflacht. Die Mehrheit der Kommission wie auch des Nationalrats war nun der Ansicht, dass sich der Bund bereits stark für die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsplätzen engagiert habe, und sah hierzu keinen weiteren Handlungsbedarf, zumal die Tagesschulen sowieso in kantonaler Hoheit lägen, wie Christian Wasserfallen (fdp, BE) im Plenum betonte. Der Nationalrat lehnte die parlamentarische Initiative in der Folge mit 106 zu 61 Stimmen bei 6 Enthaltungen deutlich ab.<sup>23</sup>

PARLAMEN­TARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 14.05.2018  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Das Thema frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung sei in der Schweiz in den letzten Jahren oft diskutiert und von verschiedener Seite sei die Etablierung einer Politik der frühen Kindheit gefordert worden. Doch noch habe man es nicht erreicht, die **Förderung der 0-4-Jährigen** nachhaltig in der Schweizer Bildungspolitik zu verankern, so Nationalrat Matthias Aebischer (sp, BE). Im Frühling 2017 reichte er daher eine parlamentarische Initiative ein, welche eine Ausweitung der Zielgruppe des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes auf Kinder vor dem Kindergartenalter zum Ziel hatte, um diese bereits in jungen Jahren mit der Förderpolitik des Bundes zu erreichen.

Im Frühling 2018 stimmten sowohl WBK-NR als auch WBK-SR für Folge geben. Als es in den darauffolgenden Sitzungen um die Umsetzung der parlamentarischen Initiative ging, änderte die WBK-NR jedoch einige Male ihre Meinung. Zuerst wollte sie die Initiative dahingehend umsetzen, dass der Bund die Schaffung von neuen Angeboten im Bereich der frühen Förderung unterstützen würde. Einige Zeit später sprach sich die WBK-NR dann aber für die Abschreibung der Initiative aus, weil eine Mehrheit der Ansicht war, dass sich die Initiative nicht zweckmässig umsetzen lasse. Keine zwei Monate später machte die WBK-NR erneut eine Kehrtwendung und beschloss, die Ausarbeitung der Vorlage nun doch anzugehen. Analog zur Kinder- und Jugendförderung solle der Bund die Kantone im Bereich der frühen Förderung im Sinn einer befristeten Anschubfinanzierung unterstützen können. Die WBK-NR schickte damit Ende August 2019 einen Entwurf in die Vernehmlassung, mit welchem der Bund während zehn Jahren maximal vier Kantone pro Jahr eine einmalige Finanzhilfe gewähren kann, und zwar für die Dauer von drei Jahren in der Höhe von jährlich CHF 100'000. Damit sollen die Kantone dabei unterstützt werden, eigene Massnahmenpakete im Bereich der Förderung der frühen Kindheit zu entwickeln und umzusetzen.

Im Rahmen der Vernehmlassung zeigten sich die Mehrheit der Kantone und der Parteien einverstanden mit der Umsetzung der parlamentarischen Initiative. Die WBK-NR sah daher keinen Änderungsbedarf; der Entwurf wird nun in den nächsten Sessionen in den beiden Räten diskutiert.<sup>24</sup>

PARLAMEN­TARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 18.06.2020  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Der **Nationalrat** befasste sich im Sommer 2020 mit der parlamentarischen Initiative Aebischer (sp, BE) **«Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter»**. Die grosse Kammer war sich einig, dass der Chancengerechtigkeit im Kleinkindalter eine grosse Relevanz zukomme. Uneinig war man sich jedoch, welche Rolle dabei der Bund spielen solle und wie viel mit den zur Diskussion stehenden Finanzierungsmassnahmen erreicht werden könne. Während sich SP, Grüne und GLP sowie grosse Teile der Mitte-Fraktion für Eintreten aussprachen und auf den grossen Effekt der vorgesehenen Anschubfinanzierung hinwiesen, sprachen sich die SVP, ein Grossteil der FDP sowie einzelne Personen der Mitte-Fraktion gegen Eintreten aus und erläuterten, dass es nicht Aufgabe des Bundes, sondern der Kantone, Gemeinden und vor allem der Familien sei, die Kinder zu fördern. Zudem könne mit den geplanten finanziellen Mitteln sowieso nicht viel erreicht werden. Innenminister Berset betonte in seinem Votum, dass dem Bundesrat die frühkindliche Förderung sehr wichtig sei. Der Bundesrat sehe die Verantwortung dafür allerdings auch bei den Kantonen und beantrage daher ebenfalls, nicht auf die Vorlage einzutreten. Bei der Abstimmung über das Eintreten überwog aber die Meinung der Kommissionsmehrheit; es votierten 111 Parlamentarierinnen und Parlamentarier für Eintreten, 75 dagegen, zwei enthielten sich der Stimme. In der darauffolgenden Detailberatung wurde ein Antrag Fivaz (gp, NE), welcher sich für eine Erhöhung der finanziellen Mittel ausgesprochen hatte, mit 160 zu 80 Stimmen abgelehnt. In der Schlussabstimmung fanden sich 109 Stimmen für die Annahme des Entwurfs, 75 Stimmen dagegen (bei 4 Enthaltungen).<sup>25</sup>

PARLAMEN­TARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 09.09.2020  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Der **Ständerat** befasste sich in der Herbstsession 2020 mit der parlamentarischen Initiative Aebischer (sp, BE) mit dem Titel **«Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter»**. Für die Kommissionsmehrheit erläuterte Andrea Gmür-Schönenberger (cvp, LU) noch einmal die Bedeutung der Vorlage sowie ihre finanziellen Konsequenzen und plädierte für die Zustimmung zur Initiative. Sie schloss ihr Votum mit der Bemerkung, dass der Bund mit dieser Vorlage die Kantone bei der Erarbeitung von Konzepten zur frühen Förderung lediglich unterstützen könne; die Subsidiarität bleibe also gewahrt. Benedikt Würth (cvp, SG) als Sprecher der Kommissionsminderheit sah dies anders. Da die überwiegende Mehrheit der Kantone und Gemeinden im Bereich der frühen Förderung viel unternehme, sei diese parlamentarische Initiative nicht sinnvoll und untergrabe vielmehr das Prinzip der Subsidiarität. Sie Sorge dafür,

dass es zu Mitnahmeeffekten komme, indem der Bund Projekte unterstütze, die auch ohne Bundesgelder durchgeführt worden wären. Zudem könnten die Kantone und Gemeinden darauf setzen, dass der Bund sein einmal begonnenes Engagement weiterführe und dafür auch die finanziellen Mittel erhöhen würde, ohne dass die Kantone und Gemeinden selber investieren müssten. Diese Bedenken, unterstützt durch das Votum von Bundesrat Berset, dass die Politik der frühen Kindheit in der Kompetenz der Gemeinden und Kantone liege, vermochte die Mehrheit des Ständerates zu überzeugen: Die grosse Kammer stimmte mit 24 zu 18 Stimmen gegen Eintreten auf die Vorlage. Als nächstes wird sich wiederum der Nationalrat mit dem Geschäft befassen.<sup>26</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 19.02.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Die WBK-NR befasste sich im Februar 2021 ausführlich mit dem Bereich der **frühkindlichen Bildung und Betreuung**. Da dieses Thema für die Kommission von grosser Bedeutung ist, beschloss sie, eine **eigene parlamentarische Initiative einzureichen**, mit welcher die bereits mehrmals verlängerte Anstossfinanzierung für die familienergänzende Kinderbetreuung in eine stetige Unterstützung überführt werden soll. Gleichzeitig soll die parlamentarische Initiative Aebischer (sp, BE) «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter» bis Ende 2021 sistiert werden.<sup>27</sup>

### Berufsbildung

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 23.03.2000  
ELISABETH EHRENSPERGER

Zur Vermehrung der Ausbildungsplätze in Hightech-Branchen überwies der Nationalrat eine parlamentarische Initiative Strahm (sp, BE), welche eine **Berufsausbildungspflicht** auch **für konzessionierte Privatanbieter bei Telecom, Post und Bahnen fordert**. Bei der Erteilung von Konzessionen an Unternehmungen im Bereich Telekommunikation und Transport seien gemäss Initiative künftig Lehrstellen zur Bedingung zu machen. Strahm stellte den Vorstoss als Teil einer bildungs- und wirtschaftspolitischen Strategie dar, mit welchem einerseits die Anwendung des dualen Lehrsystems mit Schule und Berufarbeit auch in den neuen Technologien angestrebt wird und der andererseits dafür sorgen soll, dass die Wirtschaft auf genügend qualifizierte Arbeitskräfte im eigenen Land zurückgreifen kann – ohne dass neue Stellen mit ausländischen Informatikspezialistinnen und -spezialisten besetzt werden müssen. Im Rahmen dieser Strategie überwies die grosse Kammer auch eine Motion ihrer Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, die den Bundesrat beauftragt, eine zeitlich begrenzte Umschulungsoffensive im Bereich der Informatik auszulösen, um dem grossen Mangel an Informatikspezialisten und insbesondere -spezialistinnen zu begegnen. Angesichts des technologischen Wandels müsse trotz Wirtschaftsaufschwung – so Strahm – mit verbilligten Weiterbildungskursen der Arbeitnehmerschaft der Sprung in die digitale Technologie ermöglicht werden. Die Motion wurde vom Ständerat in ein Postulat umgewandelt und überwiesen.<sup>28</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 08.11.2001  
ELISABETH EHRENSPERGER

Zur Vermehrung der Ausbildungsplätze in Hightech-Branchen hiess die KVF des Nationalrats eine parlamentarische Initiative Strahm (sp, BE) gut, welche eine **Berufsausbildungspflicht** auch für konzessionierte Privatanbieter bei Telecom, Post und Bahnen fordert.<sup>29</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 09.11.2001  
ELISABETH EHRENSPERGER

Drei parlamentarische Initiativen Simoneschi (cvp, TI), Strahm (sp, BE) und Theiler (fdp, LU) sowie eine Motion der nationalrätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF), die alle eine **Weiterbildungsoffensive im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie** fordern, wurden entgegen dem entsprechenden Antrag der WBK auf Abschreibung vom Nationalrat in der Sommersession überwiesen.<sup>30</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 31.12.2001  
ELISABETH EHRENSPERGER

In Form einer parlamentarischen Initiative verabschiedete die nationalrätliche WBK im April mit 19 zu 3 Stimmen ein Bundesgesetz über die **Sondermassnahmen für Umschulungen und Weiterbildung in den Berufen der Informations- und Kommunikationstechnologien** (ICT-Umschulungsgesetz), das den Ein- und Umstieg von Erwachsenen in Berufe der Informatik und Telekommunikation fördern soll. Dank einer Weiterbildungsoffensive, die Beiträge an den Ausbau eines modulartigen Weiterbildungssystems sowie Bildungsgutscheine für Umschulungswillige beinhaltet,

wird in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eine Behebung des Mangels an Fachleuten im Bereich Informatik und Telekommunikation angestrebt. Für diese Massnahmen sollen auf vier Jahre befristet insgesamt 100 Mio Fr. zur Verfügung gestellt werden, wobei 20 Millionen für den Ausbau und je 20 Millionen jährlich für den Betrieb der Weiterbildung vorgesehen sind. Insbesondere seitens der SVP-Vertreter waren in der Kommission Bedenken gegen ein solches Staatsengagement aufgekommen [23]. Als Erstrat trat der Nationalrat in seiner Sommersession auf das Geschäft ein. SP und CVP sprachen sich für das Gesetz aus, die SVP und eine FDP-Mehrheit lehnten es ab – mit der Begründung, die Lage habe sich in den Bereichen Informatik und Telekommunikation entschärft, wohingegen in anderen Bereichen Fachleute auch Mangelware seien. Schliesslich stimmte der Rat dem Gesetz mit 93 zu 49 Stimmen zu. Beim an das Gesetz gekoppelten Finanzierungsbeschluss hingegen verfehlte der Gesamtkredit von 100 Mio Fr. mit einer Zustimmung von 93 zu 53 Stimmen das gemäss Ausgabenbremse erforderliche absolute Mehr. Die Vorlage ging in solch amputierter Form – also ohne die entsprechenden finanziellen Mittel – an den Ständerat, der im Herbst dem Kommissionsantrag auf Nichteintreten folgte.<sup>31</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 04.03.2003  
ELISABETH EHRENSPERGER

Der Nationalrat folgte einer Minderheit seiner Kommission und beschloss, auf die 1999 eingereichte parlamentarische Initiative Strahm (sp, BE) nicht einzutreten, welche eine **Berufsausbildungspflicht** auch **für konzessionierte Privatanbieter bei Telecom, Post und Bahnen** gefordert hatte. Im Grundsatz war das Anliegen des Vorstosses auch vom Bundesrat unterstützt worden. Nichteintreten wurde dann aber vor allem mit Verweis auf die im Rahmen vom nBBG geplanten Massnahmen sowie aufgrund von Bedenken hinsichtlich einer möglichen Ungleichbehandlung von konzessionierten Unternehmen in einer kompetitiven Marktsituation begründet. Im weiteren schrieb die grosse Kammer ein Postulat seiner WBK als erfüllt ab, das die Bereitstellung einer angemessenen Anzahl von Lehrstellen im neuen Leistungsauftrag für den ETH-Bereich verlangt hatte.<sup>32</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 28.02.2005  
MAGDALENA BERNATH

In der Sommersession nahm sich auch das Parlament des Themas an: Gemäss Lehrstellenbarometer waren 27 000 Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz, und auch wenn alle offenen **Lehrstellen** besetzt würden, fehlten immer noch 2000. Die grosse Kammer billigte eine Motion Vollmer (sp, BE) (04.3359), die ein Konzept mit den notwendigen rechtlichen Anpassungen für eine Ausweitung und Aufwertung der Lehrstellen und Praktikumsplätze in der Bundesverwaltung verlangte; der Ständerat lehnte das Begehren ab. Der Nationalrat überwies auch zwei Vorstösse der Zürcherin Galladé (sp): ein Postulat, das einen Massnahmenplan zur Verbesserung der Lehrstellensituation forderte, und, gegen den Willen von Bundesrat und Gewerbevertretern, eine Motion, welche die Lehrlingsausbildung im Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen als Vergabekriterium verankert; bereits im Frühjahr hatte der Rat einer in die gleiche Richtung zielenden parlamentarischen Initiative Lustenberger (cvp, LU) Folge gegeben. Chancenlos blieben hingegen drei weitere Motionen Galladé (sp, ZH): Die erste hatte vom Bundesrat verlangt, eine Informationskampagne durchzuführen, welche internationale Firmen über das duale schweizerische Bildungssystem aufklärt und sie motiviert, Lehrstellen anzubieten; da die Kantone bereits entsprechende Marketingmassnahmen unternehmen, sei ein Engagement des Bundes laut Bundesrat nicht nötig. Der zweite Vorstoss forderte Projekte, welche arbeitslosen Jugendlichen den Einstieg ins Erwerbsleben oder in eine Ausbildung erleichtern; dem hielt die Regierung entgegen, dass das Berufsbildungsgesetz keine gesetzliche Grundlage für Beiträge an Arbeitslosenprojekte biete, das Arbeitslosenversicherungsgesetz sehe jedoch entsprechende Massnahmen vor. In Bezug auf die dritte Motion erklärte der Bundesrat, es seien bereits genügend Zwischenlösungen und Brückenangebote für Jugendliche ohne Lehrstelle vorhanden, die von der Motionärin angeregten Basislehrjahre fügten sich nicht in den bewährten Berufsbildungsmechanismus ein, da die Jugendlichen ein Bildungsangebot besuchen würden, ohne über eine vorgängige Zusage zu einer späteren Lehrstelle zu verfügen. Abgelehnt wurde ferner ein Postulat Hofmann (sp, TG) für eine bessere Gestaltung des Übergangs von der Volksschule in die Berufsbildung, insbesondere für benachteiligte Jugendliche; hier existierten laut Bundesrat ebenfalls bereits Angebote. Mit 21:20 Stimmen hiess der Ständerat hingegen eine Motion Berset (sp, FR) gut, welche eine rasche Umsetzung der individuellen Begleitung von Lehrlingen und Lehrtöchtern mit schulischen Schwierigkeiten forderte; Bundesrat Deiss hatte vergeblich vor einem Eingriff in die Kompetenzen der Kantone gewarnt.<sup>33</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 22.03.2007  
LINDA ROHRER

Eine parlamentarische Initiative Lustenberger (cvp, LU) und eine Motion Galladé (sp, ZH) wollten die **Lehrlingsausbildung als Vergabekriterium für öffentliche Aufträge** einführen. Beide hatten zum Ziel, die Bestimmung im Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen zu verankern. Während die Frist für die parlamentarische Initiative bis 2009 verlängert wurde, damit die Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BoeB) abgewartet werden kann, schlug der Ständerat einige Änderungen der Motion vor. Zum einen liess er die ursprüngliche Forderung fallen, auch Kantone und Gemeinden über das Bundesgesetz über den Binnenmarkt anzusprechen und zum anderen schlug er eine offeneren und WTO-konforme Regelung vor. Der Nationalrat stimmte den Änderungen des Ständerates ebenfalls zu.<sup>34</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 28.09.2008  
ANDREA MOSIMANN

Eine parlamentarische Initiative Leumann (fdp, LU), welche unter anderem eine **Berufsregelung für Patentanwälte** schaffen wollte, wurde vom Ständerat in der Herbstsession als erfüllt abgeschrieben.<sup>35</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 05.03.2012  
GUILLAUME ZUMOFEN

Par le biais d'une initiative parlementaire, Kaufmann (udc, ZH) espérait modifier la loi fédérale sur la formation professionnelle (LFPr). Dans son initiative, il montrait du doigt **les distorsions de concurrence que subissent les prestataires privés de la formation professionnelle**. Il a ainsi démontré qu'une concurrence déloyale s'est installée entre les prestataires privés de formation professionnelle et ceux du secteur public subventionnés par la Confédération. En outre, Kaufmann (udc, ZH) a démontré l'aberrance économique de telles subventions qui grèvent inutilement les finances publiques, alors que, selon lui, les prestations privées garantissent une formation suffisante et d'une qualité remarquable. La CSEC-CN a rappelé que l'article 11 de la LFPr empêche déjà cette inégalité. De plus, elle a ajouté que ce même article charge les cantons, et non pas la Confédération, d'agir en cas de distorsions de concurrence. Dans l'esprit de sa commission, le Conseil national a refusé cette initiative parlementaire par 131 voix contre 56.<sup>36</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 08.09.2015  
GUILLAUME ZUMOFEN

L'acceptation de l'initiative « contre l'immigration de masse », couplée à une évolution démographique non favorable, renforce le besoin en personnel qualifié en Suisse. Selon le conseiller national Felix Müri (udc, ZG), il est nécessaire de soutenir non seulement la formation professionnelle supérieure mais aussi la formation professionnelle initiale. Il a donc lancé une initiative parlementaire qui entend mettre à disposition des **Fonds en faveur d'une offensive de qualification dans la formation professionnelle initiale**. En effet, selon de nombreux rapports émanants du secteur privé autant que de la Confédération, le potentiel de main d'œuvre indigène est important en Suisse. Des fonds supplémentaires devraient permettre aux cantons de renforcer la formation professionnelle initiale pour les citoyens helvétiques qui désirent suivre une formation. Au niveau de la formation professionnelle initiale, sur un pool d'environ 600'000 adultes, plus de 20 pour cent auraient le potentiel d'acquérir une qualification professionnelle. Pour être plus précis, l'initiative parlementaire est principalement axée sur un soutien financier supplémentaire de la Confédération et sur une campagne de sensibilisation à l'échelle nationale. Ainsi, sur une période de quatre années, la Confédération investirait un montant maximal de 50 millions par année. Cet argent mis à la disposition des cantons, qui connaissent mieux le marché et la demande, permettrait de financer les frais de formation. La Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national (CSEC-CN) a relevé les graves lacunes qui existent au niveau de la formation professionnelle initiale. Consciente des besoins en personnel qualifié, elle propose de soutenir l'initiative par 15 voix contre 9. A l'opposé, la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des États (CSEC-CE) invite à ne pas donner suite au projet. Au final, le Conseil national a décidé de suivre l'opinion de sa commission est propose de donner suite à l'initiative.<sup>37</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 02.03.2016  
GUILLAUME ZUMOFEN

L'acceptation de l'initiative dite « Contre l'immigration de masse » est l'étincelle qui a mis le feu au débat sur la pénurie de main-d'œuvre qualifiée. L'initiative parlementaire de Félix Müri (udc, LU) est une tentative d'apaiser ce brasier grâce à des mesures qui encouragent la **Formation professionnelle initiale**. Le dépositaire de l'initiative parlementaire souhaite la mise en place de **fonds en faveur d'une offensive de qualification**. Ainsi, l'objectif est l'obtention d'une enveloppe de 200 millions de francs répartie sur quatre années. Selon Félix Müri (udc, LU), ce soutien financier de la Confédération permettrait aux cantons de financer les frais de formation ainsi que les indemnités pour pertes de gain des personnes en quête de qualifications professionnelles. Alors que le Conseil national a accepté l'initiative en 2015, le Conseil des Etats s'est prononcé lors de la session de printemps 2016. Si Anita Fetz (ps, BS) a rappelé que plus de 600'000 jeunes en Suisse n'ont pas fini leur formation de base, Brigitte Häberli (pdc, TG), au nom de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture (CSEC-CE), a souligné que la chambre des cantons avait déjà accepté un postulat qui allait dans le même sens que l'initiative en question. Elle estime donc qu'il est superflu d'accepter cette initiative parlementaire. Au final, le Conseil des Etats a rejoint sa commission compétente sur la question et a rejeté l'initiative à 21 voix contre 17.<sup>38</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 11.09.2019  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Mittels einer parlamentarischen Initiative forderte Nadine Masshardt (sp, BE) eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes, um die **politische Bildung in der Berufsbildung** als besondere Leistung im öffentlichen Interesse festzulegen. Ziel war es, dadurch dem Bund zu erlauben, Massnahmen zur Förderung der politischen Bildung in der Berufsbildung zu unterstützen. Masshardt unterstrich ihr Anliegen mit dem Verweis auf eine Studie von GFS Bern, die zeige, dass bei Berufsschülerinnen und -schülern ein besonderer Förderbedarf in politischer Bildung bestehe.

Eine knappe Mehrheit der WBK-NR unterstützte das Anliegen in der Vorprüfung. Sie verwies darauf, dass gerade in der direktdemokratischen Schweiz die Vorbereitung der Jugendlichen auf die Ausübung ihrer politischen Rechte fundamental sei. Eine starke Minderheit beantragte, der Initiative keine Folge zu geben. Sie machte geltend, dass es für den Bund aufgrund des BBG bereits jetzt möglich sei, Projekte zur Förderung der politischen Bildung zu unterstützen. Es bedürfe deshalb keiner Änderung des BBG. Sie gab zudem zu bedenken, dass es in den Kantonen und Gemeinden bereits viele öffentliche und private Projekte gebe.

In der WBK-SR stiess die Initiative auf mehr Widerstand. Die Mehrheit äusserte Zweifel am Nutzen der angestrebten Anpassung des BBG und wies ebenfalls auf die bereits bestehenden Möglichkeiten hin, unter anderem auch auf das Kinder- und Jugendförderungsgesetz, auf dessen Grundlage beispielsweise die Durchführung der Jugendsession unterstützt werde.

In der Debatte im Nationalrat war der Bedarf an politischer Bildung für Berufsschülerinnen und -schüler unbestritten. Hans-Ulrich Bigler (fdp, ZH) wies für die Minderheit aber darauf hin, dass das Anliegen längst in den Lehrplänen der verschiedenen Berufslehren integriert worden sei. Zudem sei es Sache der Organisationen der Arbeitswelt, die Lehrinhalte genau festzulegen. Dies beinhalte auch politische Bildung, aber eben nicht nur, so Bigler in seinen Ausführungen. Vertreterinnen und Vertreter der Kommissionen hingegen betonten, dass es mit der parlamentarischen Initiative möglich wäre, einzelne Vorhaben wie beispielsweise eine Projektwoche zur politischen Bildung zu finanzieren, wobei es aber nicht um die Einführung eines zusätzlichen Fachs gehe. Gemäss der Kommissionen seien bislang manche Berufsschülerinnen und -schüler in politischer Bildung nicht genügend unterrichtet worden. Dies sei auch aus demokratiepolitischer Sicht problematisch. Durch politische Bildung würde das Interesse der Jugendlichen steigen und dadurch komme es hoffentlich auch zu einer hohen Stimm- und Wahlbeteiligung bei ihnen.

Letztlich wurde der parlamentarischen Initiative in der Abstimmung äusserst knapp mit 88 zu 87 Stimmen keine Folge gegeben.<sup>39</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 05.11.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Nadine Masshardt (sp, BE) reichte im März 2021 eine parlamentarische Initiative zur **Förderung der politischen Bildung in der Berufsbildung** ein. Sie forderte, dass die politische Bildung im Berufsbildungsgesetz als besondere Leistung im öffentlichen Interesse aufgeführt wird. Damit könne sich der Bund an den Kosten für diese Förderung beteiligen. Masshardt argumentierte, dass insbesondere bei den Berufsschülerinnen und -schülern ein grosser Bedarf an einer stärkeren Gewichtung der politischen Bildung im Unterricht bestehe.

Die WBK-NR befasste sich im November 2021 mit der Initiative, dabei gab ihr eine

knappe Mehrheit der Kommission keine Folge. Die Kommissionmehrheit war der Ansicht, dass der bisher angebotene Staatskundeunterricht in den Berufsschulen ausreiche und der Bundesrat bereits heute Projekte zur politischen Bildung fördern könne.<sup>40</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 08.11.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Andri Silberschmidt (fdp, ZH) beabsichtigte mit einer im März 2021 eingereichten parlamentarischen Initiative, die **berufsorientierten Aus- und Weiterbildungen steuerlich stärker zu begünstigen**. Die WAK-NR prüfte das Geschäft im November 2021; eine deutliche Mehrheit der Kommission (20 zu 5 Stimmen) beantragte, der Initiative keine Folge zu geben. Die Kommissionmehrheit befand, dass vor allem Personen mit hohem Einkommen von dieser Massnahme profitieren würden. Zudem könnten durch rein fiskalische Massnahmen die Aus- und Weiterbildungen nicht angemessen gefördert werden. Da die Kommission aber durchaus Handlungsbedarf auf diesem Gebiet sah, reichte sie ein Postulat (Po. 21.4342) ein, mit dem der Bundesrat beauftragt werden soll, Massnahmen vorzuschlagen, wie die Ausbildungs- und Weiterbildungsbedürfnisse des Arbeitsmarktes auf der einen Seite und diejenigen der Arbeitskräfte auf der anderen Seite besser aufeinander abgestimmt werden können.<sup>41</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 16.12.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Der Nationalrat behandelte in der Wintersession 2021 eine **Initiative Masshardt (sp, BE) zur Förderung der politischen Bildung in der Berufsbildung**. Eine knappe Mehrheit der vorberatenden WBK-NR hatte der Initiative keine Folge gegeben. Im Plenum war es unbestritten, dass der politischen Bildung von jungen Menschen eine grosse Bedeutung für das Funktionieren der Demokratie zukommt. Masshardt und Locher Benguerel (sp, GR) als Befürworterinnen der Initiative vertraten den Standpunkt, dass es vor allem in den Berufsschulen noch Verbesserungspotential gebe. Studien hätten gezeigt, dass sich Berufsschülerinnen und -schüler weniger politisch interessiert zeigten als Gleichaltrige, die aufs Gymnasium gingen. Gerade in diesem Alter, in dem bald die politische Mündigkeit erreicht werde, sei es aber entscheidend, ein ausreichendes Verständnis für die politischen Rechte und Abläufe zu erhalten. Christian Wasserfallen (fdp, BE) erläuterte als Sprecher der Kommissionmehrheit, dass die politische Bildung bereits genügend im Unterricht verankert sei, auch auf Stufe der Berufsschulen. Zudem wolle der Bundesrat in Kürze die Rahmenlehrpläne und die Bildungspläne im Bereich der politischen Bildung überarbeiten und verbessern. Im Anschluss an diese Diskussion gab die grosse Kammer der Initiative mit 97 zu 86 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, relativ knapp Folge.<sup>42</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 16.12.2021  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Der Nationalrat befand in der Wintersession 2021 über eine **parlamentarische Initiative zur steuerlichen Begünstigung von Weiterbildungen** von Andri Silberschmidt (fdp, ZH). Er vertrete immer noch die Ansicht, dass es eine Weiterbildungsoffensive brauche, **ziehe seine Initiative** aber aufgrund des von der WAK-NR eingereichten Postulats zur Vereinbarkeit der Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, der Arbeitskräfte und der Wirtschaft **zurück**, erläuterte der FDP-Parlamentarier. Die Initiative ist damit erledigt.<sup>43</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 08.11.2022  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Die WBK-SR beugte sich im November 2022 über eine parlamentarische Initiative Masshardt (sp, BE), welche die **politische Bildung in der Berufsbildung** stärken wollte. Die Kommission beantragte ihrem Rat mehrheitlich, der Initiative keine Folge zu geben, da der Bund die politische Bildung im Bereich der Berufsbildung bereits genügend fördere; insbesondere auf Grundlage von Artikel 54 des BBG könnten entsprechende Projekte bereits jetzt unterstützt werden. Die Kommissionmehrheit wies zudem darauf hin, dass die Rahmenlehrpläne ohnehin dazu verpflichteten, politische Bildung zu unterrichten. Eine Minderheit der Kommission wollte der Initiative Folge geben, zumal gemäss Studien insbesondere Lernende der Berufsbildung einen grossen Nachholbedarf bei der politischen Bildung aufweisen würden.<sup>44</sup>



**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 08.12.2022  
BERNADETTE FLÜCKIGER

In der Wintersession 2022 befasste sich der **Ständerat** mit der parlamentarischen Initiative Masshardt (sp, BE), welche die **politische Bildung in der Berufsbildung** stärken wollte. Die WBK-SR hatte sich im Vorfeld mehrheitlich dafür ausgesprochen, der Initiative keine Folge zu geben. Kommissionsprecherin Andrea Gmür-Schönenberger (mitte, LU) erörterte, dass die Kommissionmehrheit die Initiative ablehne, da die politische Bildung bereits heute genügend in der beruflichen Grundbildung verankert sei und damit schon vermittelt werde. Eine Minderheit wollte der Initiative hingegen Folge geben: Maya Graf (gp, BL) entgegnete, dass das Parlament bereits im Rahmen des aktuellen Legislaturprogramms der Stärkung der politischen Bildung zugestimmt habe, es bestehe also bereits ein gesetzlicher Auftrag, den es nun zu erfüllen gelte. Ausserdem liege die Berufsbildung durchaus auch in der Kompetenz des Bundes und nicht nur in jener der Kantone; der Bund dürfe hier also durchaus aktiv werden. Schliesslich zeigten verschiedene Studien, dass gerade in der Berufsbildung ein grosser Nachholbedarf bei der politischen Bildung bestehe. Die Mehrheit der kleinen Kammer folgte den Argumenten von Maya Graf jedoch nicht; der Initiative wurde mit 22 zu 16 Stimmen keine Folge gegeben. Diese ist somit vom Tisch.<sup>45</sup>

### Hochschulen

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 06.10.2004  
MAGDALENA BERNATH

Oppositionslos gab der Ständerat einer parlamentarischen Initiative Plattner (sp, BS) Folge, welche die **Ausarbeitung eines Hochschulartikels** in der Bundesverfassung verlangt, der die Kompetenzen von Bund und Kantonen für den Hochschulbereich neu regelt. Der neue Verfassungsartikel soll eine gemeinsame Rechtsgrundlage für die ETH, die Universitäten und die Fachhochschulen bilden und ihnen eine gewisse Autonomie gewähren. Angestrebt wird eine bessere Steuerung des Hochschulsystems, eine grössere Transparenz bei der Mittelzuteilung und eine bessere Aufgabenteilung zwischen den Hochschulen.<sup>46</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 16.06.2005  
MAGDALENA BERNATH

Das Parlament überwies eine von der ehemaligen liberalen Nationalrätin Christine Wirz-von Planta (BS) eingereichte parlamentarische Initiative als Motion. Die nationalrätliche WBK betrachtete die Anwesenheit ausländischer Studierender an Schweizer Hochschulen als wichtig, bereichernd und unterstützungswürdig. Die Kommissionmehrheit befürwortete deshalb die Zielsetzung des Vorstosses, mittels Bundesbeiträgen die **Finanzierung ausländischer Studierender** einheitlich und gerecht zu gestalten. Denn gemäss interkantonalen Universitätsvereinbarung erhalten die Hochschulen Kantonsbeiträge nur für jene ausländische Studierende, die in der Schweiz niedergelassen sind (Bildungsinländer), nicht aber für Studierende, welche sich einzig zu Studienzwecken in der Schweiz aufhalten (Bildungsausländer); der Beitrag des Bundes hängt auch vom Anteil der Bildungsausländer am Gesamttotal ausländischer Studierender ab. Auf Ablehnung stiess hingegen die im Vorstoss verlangte Finanzierung bereits für die Periode 2004-2007; die Kommissionmehrheit reichte aber eine Motion ein, die diese Finanzierung im Rahmen des neuen Hochschulgesetzes auf die Finanzierungsperiode 2008-2011 neu regeln will – die Kommissionsminderheit wollte sich hingegen darauf verlassen, dass die Regierung das Anliegen im Hinblick auf das künftige Hochschulgesetz prüft und lehnte die Motion ab. Bundesrat Couchepin äusserte ebenfalls Vorbehalte, unterstützte jedoch am Schluss die klare Mehrheit im Rat. Er rechne damit, dass die absehbaren Mehrkosten an einem anderen Ort wieder eingespart würden.<sup>47</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 23.06.2005  
MAGDALENA BERNATH

Zur Behandlung der **Hochschulen im Rahmen des Bildungsrahmenartikels** siehe oben.

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 13.10.2008  
ANDREA MOSIMANN

Personen aus Nicht-EU-Staaten, die nach dem Studienabschluss keine Stelle haben, müssen die Schweiz nach geltendem Recht zügig verlassen. Die Rektorenkonferenz der Universitäten (CRUS) fordert seit Jahren, dass diese Studienabgänger eine **längere Frist zur Arbeitssuche** erhalten, weil sie mit Steuergeldern ausgebildet worden sind und in der Wirtschaft viel leisten könnten. Mit diesen Argumenten stiess sie auf zunehmendes Echo. Im Februar reichte der CVP-Nationalrat und ETH-Honoraryprofessor Neiryneck (VD) eine parlamentarische Initiative für grosszügigere Zulassungsbestimmungen ein. Die Staatspolitischen Kommissionen der beiden Räte stimmten dem Begehren zu, während

es vom Bundesrat abgelehnt wurde. Die Regierung begründete ihre Haltung damit, dass im Winter 2008 trotz guter Konjunktur 8500 Studienabgänger arbeitslos waren. In die gleiche Richtung zielt auch eine von der freisinnig-demokratischen Fraktion deponierte Motion. Sie will den Bundesrat verpflichten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus Nicht-EU-/EFTA-Ländern nach dem Studienabschluss während sechs Monaten auch ohne Arbeitsstelle in der Schweiz aufhalten dürfen.<sup>48</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 04.11.2009  
ANDREA MOSIMANN

Im November verabschiedete die Staatspolitische Kommission des Nationalrats ihren Entwurf zu einer parlamentarischen Initiative Neirynek (cyp, VD). Die Vorlage sieht eine Anpassung des Ausländergesetzes vor, so dass auch **Personen aus Nicht-EU-/EFTA-Staaten mit einem Schweizer Hochschulabschluss** auf dem Arbeitsmarkt zugelassen werden können, wenn ihre Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Interesse ist. Weiter soll bei der Zulassung zu einer tertiären Aus- oder Weiterbildung auf die Voraussetzung der „gesicherten Wiederausreise“ verzichtet werden und schliesslich könnten bei der Erteilung einer Niederlassungsbewilligung unter bestimmten Voraussetzungen frühere Aufenthalte zur Aus- und Weiterbildung nachträglich angerechnet werden.<sup>49</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 23.09.2012  
GUILLAUME ZUMOFEN

Une étude de l'Association européenne des universités, estimant que les hautes écoles suisses manquent d'autonomie notamment financière avec trop d'ingérences du gouvernement, a rallumé entre les autorités politiques et les responsables académiques le débat toujours brûlant des taxes d'études. En effet, c'est particulièrement la question des taxes d'études, fixées par les autorités, qui a fait baisser la note suisse. Plus précisément, de nombreuses universités, notamment dans les cantons de Berne, de Zurich et de Saint-Gall ont décidé d'augmenter les taxes d'études et ont par conséquent ramené ce sujet délicat au centre du débat politique. Enfin, la volonté du recteur de l'Ecole Polytechnique de Zurich (ETH) de doubler ses taxes d'études, les élevant ainsi à 2600 francs, a fini par convaincre Reynard (ps, VS) de déposer en mars 2012 une initiative parlementaire qui entendait **mettre un terme aux augmentations des taxes d'études**. Plus précisément, le député souhaitait préciser l'alinéa 2 de l'article 34d de la loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales, qui restait trop flou à son goût. En effet, on y évoquait seulement la volonté d'une taxe d'études socialement supportable. Reynard espérait donc ajouter un alinéa 2bis qui fixerait le montant d'inscription à un maximum de 650 francs par semestre. Reynard a d'abord rappelé l'adhésion de la Suisse au pacte I de l'ONU qui nécessite un accès à l'éducation pour toutes et tous. Ensuite, il a précisé que pour le budget des universités suisses les taxes d'inscription ne représentent que deux à trois pour cent. Finalement, il a relevé la pénurie de personnel qualifié. Dans un système de formation tertiaire où les trois quarts des étudiants travaillent parallèlement à leurs études, une augmentation aurait des conséquences drastiques et limiterait alors l'accès à la formation pour les étudiants issus de familles à revenus modérés. Un système d'étude à deux vitesses risquerait donc indubitablement de se mettre en place avec un tel numerus clausus financier. La CSEC-CN, à 14 voix contre 10 et une abstention, a proposé de ne pas donner suite à cette initiative. Même si la commission a relevé l'importance de l'égalité des chances en ce qui concerne l'accès à la formation, elle n'a pas estimé judicieux de la soutenir par une limite des taxes d'études. Selon elle, il est tout d'abord crucial que les hautes écoles restent autonomes vis-à-vis du politique. Ensuite, elle estime plus important de se concentrer sur l'harmonisation des bourses d'études. Ce débat largement relaté dans les journaux, a abouti au Conseil national à un rejet de l'initiative par 114 voix contre 68.<sup>50</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 31.10.2013  
GUILLAUME ZUMOFEN

Une initiative parlementaire Nordmann (ps, VD) a demandé de garantir des **taxes d'études équitables dans les EPF**. Par la suite, la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national (CSEC-CN) a lancé une autre initiative parlementaire comparable. Pour l'initiant, la loi sur les écoles polytechniques fédérales doit être modifiée. En effet, la croissance accrue du nombre d'étudiants étrangers dans les EPF suisses pose la question de l'avantage financier dont les étudiants étrangers bénéficient. En d'autres termes, les étudiants ou parents d'étudiants étrangers ne versent pas une contribution financière aux EPF par le biais de l'impôt. En conséquence, il est nécessaire, selon l'initiant de différencier les taxes. Par 16 voix contre 7, la CSEC-CN a décidé de déposer une motion similaire. Dans la course, Nordmann (PS, VD) ainsi que la CSEC-CN, ont décidé de retirer leurs initiatives

parlementaires au profit de cette motion.<sup>51</sup>

#### PARLAMENTARISCHE INITIATIVE

DATUM: 14.06.2017  
SOPHIE GUIGNARD

En juin 2017, le Conseil national a choisi de ne pas entrer en matière sur une initiative parlementaire Eymann (plr, BS) demandant la **représentation au sein du Conseil des hautes écoles pour toutes les collectivités responsables d'une haute école**. Par une modification de l'article 12 de la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE), le député bâlois souhaitait permettre une représentation selon lui plus fidèle des collectivités déterminantes notamment dans le financement des hautes écoles et universités. Il prend l'exemple du canton de Bâle-campagne, qui malgré l'importante part de son budget allouée à l'éducation tertiaire et au nombre d'étudiants qu'il compte, ne peut siéger au Conseil des hautes écoles (CSHE). Allant dans ce sens, une motion (11.3798) du député Janiak avait été déposée en 2011 et demandait la reconnaissance du canton en tant que canton universitaire. Ces deux objets n'ont pas passé la rampe, notamment parce que la chambre basse a estimé que la répartition des représentations est une compétence avant tout cantonale et que l'université de Bâle serait surreprésentée par une répartition différente. L'initiative parlementaire Eymann a été balayée par 121 voix contre 50 avec 7 abstentions.<sup>52</sup>

#### Forschung

#### PARLAMENTARISCHE INITIATIVE

DATUM: 28.09.2003  
ELISABETH EHRENSPERGER

Eine parlamentarische Initiative der grünen Fraktion für die **Einrichtung gemischter Studien- und Forschungskommissionen zur Vorbereitung sensibler Themen** wie die Gentechnik-, Stammzellen- und Embryonenforschung wurde vom Nationalrat abgewiesen. Die Grüne Fraktion hatte gemäss Vorbild der Enquete-Kommissionen im Deutschen Bundestag gemischte – aus Parlamentsmitgliedern, Wissenschaftlern und Fachleuten zusammengesetzte – Gremien gewünscht, um hochstehende Debatten, einen transparenten Informationsaustausch über die Pros und Kontras sowie parteiübergreifende Lösungen für Probleme von solch grosser Tragweite zu garantieren. Die Mehrheit der zuständigen Kommission hielt jedoch diese Gremien nur für ein Berufsparlament geeignet. Die Doppelbelastung durch Mandat und Beruf sei dermassen hoch, dass die Einsitznahme in eine derartige Kommission den meisten Parlamentsmitgliedern nicht zugemutet werden könne.<sup>53</sup>

#### PARLAMENTARISCHE INITIATIVE

DATUM: 20.12.2007  
LINDA ROHRER

Eine parlamentarische Initiative Graf (gp, BL) wollte mittel- und schwerbelastende **Tierversuche an Primaten** verbieten. Die Initiative hatte die Ergänzung des Tierschutzgesetzes mit zwei neuen Artikeln zum Ziel. Tierversuche der Schweregrade 1, 2 und 3 an grossen Menschenaffen und solche mit Schweregrad 2 und 3 an allen Primaten sollten verboten werden. Der Nationalrat beschloss, der Initiative keine Folge zu leisten.<sup>54</sup>

#### PARLAMENTARISCHE INITIATIVE

DATUM: 22.09.2013  
GUILLAUME ZUMOFEN

Une initiative parlementaire déposée par Derder (plr, VD) vise à permettre de **coordonner la politique d'innovation suisse**. Il s'agissait pour l'initiateur de modifier l'alinéa 3 de l'article 18 de la loi sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation (LERI) de 2012. La Confédération doit ainsi élaborer les bases de l'encouragement de l'innovation et coordonner la stratégie en matière de politique d'innovation. Il explique que la Suisse possède plusieurs mesures régissant l'innovation, mais aucune vision fédérale d'ensemble. Cet alinéa permettrait de donner une compétence fédérale légale à l'ordonnance du Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI). Une telle mesure offrirait une véritable coordination fédérale de la politique d'innovation. Néanmoins, l'initiative déposée à la chambre des cantons a été retirée. En effet, le Conseil fédéral a précisé que le SEFRI élabore déjà la stratégie de la politique d'innovation en Suisse. Un alinéa précise d'ailleurs que le SEFRI coordonne cette activité avec d'autres services fédéraux.<sup>55</sup>

1) Amtl. Bull. NR, 1998, S. 1371 ff.; AZ, 25.6.98.1

2) AB NR, 2000, S. 837.

3) AB NR, 2001, S. 1433.

4) Presse vom 15.05.04; TA, 10.5.04; BZ, 13.11.04; NZZ, 16.10.04.

5) AB NR, 2004, S. 964.; Presse vom 15.09.04.

6) BBl, 2005, S. 5479 ff. und 5547 ff.; NZZ, 22.3., 21.6. und 28.7.05; SGT, 19.8.05.

7) AB NR, 2005, S. 1387 ff. und 1408 f. (Abschreibung der Standesinitiativen BE, BL und SO zur Koordination der kantonalen

Bildungssysteme sowie der parlamentarischen Initiative Gutzwiler (fdp, ZH) zum Schuleintrittsalter); Presse vom 6.10.05.

8) AB NR, 2005, S. 1827 ff. und 1994.; AB SR, 2005, S. 1023 ff., 1037 f. und 1217; AZ, 5.12.05; BBl, 2005, S. 7273 ff.; Presse vom

7.12.05

- 9) BBl, 2006, S. 6725 f.; Presse vom 22.05.06.  
10) Engeli, Isabelle, Vox – Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 21. Mai 2006, Institut für Politikwissenschaft der Universität Genf und gfs.bern, Genf 2006.  
11) AB NR, 2008, S. 1322 ff.  
12) Medienmitteilung WBK-SR vom 28.6.11; NZZ, 4.2., 28.6. und 16.9.11; BaZ, 22.6.11.; Presse vom 30.06.11.  
13) Medienmitteilung WBK-NR vom 11.10.19; Medienmitteilung WBK-SR vom 18.11.19  
14) Medienmitteilung WBK-SR vom 23.2.21  
15) AB NR, 2021, S. 1463  
16) Presse vom 13.6., 6.7. und 20.9.05  
17) Medienmitteilung WBK-NR vom 24.2.06; Medienmitteilung WBK-SR vom 27.6.06  
18) AB NR, 2007, S. 2057.  
19) AB NR, 2009, S. 524; BBl 2008, S. 8639 ff.; Medienmitteilung WBK-NR vom 25.8.08  
20) BO CN, 2012 p. 61.; LT, 16.04 et 04.08.12.  
21) BO CN, 2012, p.1618 ss.  
22) BO CN, 2013, p.385.; TA, 11.4.12.  
23) AB NR, 2017, S. 724 ff.; Medienmitteilung WBK-NR vom 14.8.15; Medienmitteilung WBK-NR vom 24.3.17; Medienmitteilung WBK-SR vom 15.10.15  
24) Ergebnisbericht vom 28.1.20; Medienmitteilung WBK-NR vom 12.1.18; Medienmitteilung WBK-NR vom 12.4.19; Medienmitteilung WBK-NR vom 14.2.20; Medienmitteilung WBK-NR vom 16.8.19; Medienmitteilung WBK-NR vom 2.11.18; Medienmitteilung WBK-NR vom 22.2.19; Medienmitteilung WBK-SR vom 14.5.18; Medienmitteilung WBK-SR vom 29.8.19  
25) AB NR, 2020, S. 1082 ff.  
26) AB SR, 2020, S. 724 ff.  
27) Medienmitteilung WBK-NR vom 19.2.21  
28) AB NR, 2000, S. 442 ff.; AB NR, 2000, S.445 f., 487, 2000 f.; AB SR, 2000, S. 637. ; Bund, 25.03.00; Presse vom 16.02.00  
29) AB NR, 2001, S. 369.; NZZ, 15.08.01.  
30) AB NR, 2001, S. 855 f.; In. 00.410; In. 00.411; Mo. 00.3005  
31) AB, NR, 2001, S.843 ff.; AB, NR, 2001, S.847 ff.; AB, SR, 2001, S.685 ff.; BBl, 2011, S. 5644 f.; BBl, 2011, S. 5665 f.; In. 00.410; In. 00.411; NLZ, 19.6.01; NZZ, 20.3. und 30.4.01.23; Presse vom 21.06.01  
32) AB NR, 2003, S. 115 ff.; AB NR, 2003, S. 1904.  
33) AB NR, 2005, S. 160 und 758 sowie Beilagen I, S. 448 ff. und Beilagen III, S. 104.; AB NR, 2005, S. 51 ff., 862 ff., 897 ff., 907 f., 936 ff. und 1990 sowie Beilagen IV, S. 66 f.; AB SR, 2005, S. 497 ff. und 1076 ff.; Mo. 04.3014; Mo. 04.3061; Mo. 05.3216  
34) AB NR, 2007, S. 615 ff.; AB SR, 2007, S. 567.; Mo. 04.3104  
35) AB SR, 2008, S. 742 f.  
36) BO CN, 2012, p. 241s.  
37) Communiqué de presse CSEC-E; Communiqué de presse CSEC-E(2); Communiqué de presse CSEC-E(3); Communiqué de presse CSEC-N; Communiqué de presse CSEC-N(2); Diplôme professionnel et changement de profession pour les adultes Offres existantes et recommandations pour les développements futurs; Du personnel qualifié pour la Suisse Une initiative du Département fédéral de l'économie; Enquêtes pénurie de talents - Manpower; Formation professionnelle- Une plus-value pour tous; Initiative visant à combattre la pénurie de personnel qualifié - Etat de la mise en œuvre et voie à suivre- SECO; Initiative visant à combattre la pénurie de personnel qualifié - Mesures de la Confédération; Perspectives du marché du travail 2013 pour les professionnels qualifiés dans différentes professions - UZH - SEFRI; Rapport CSEC-CN; Unterstützungsbedarf zur beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt  
38) Unterstützungsbedarf zur beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt; BO CE, 2016, pp.84; Du personnel qualifié pour la Suisse, Initiative du Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche  
39) AB NR, 2014, S. 2300 ff.; Medienmitteilung WBK-NR vom 1.2.19; Medienmitteilung WBK-NR vom 28.6.19; Medienmitteilung WBK-SR vom 29.3.19  
40) Medienmitteilung WBK-NR vom 5.11.21  
41) Medienmitteilung WAK-NR vom 8.11.21  
42) AB NR 2021, S. 2696 f.  
43) AB NR 2021, S. 2693 f.  
44) Bericht WBK-SR vom 8.11.22; Medienmitteilung WBK-SR vom 8.11.22  
45) AB SR, 2022, S. 1217 ff.  
46) AB SR, 2004, S. 623 ff.; BaZ, 8.10.04.  
47) AB NR, 2005, S. 922 ff.; AB NR, 2005, Beilagen I, S. 355 f.; ; AB SR, 2005, S. 1038; AB SR, 2005, S. 612 und Beilagen II, S. 157.; Mo. 04.3206  
48) AZ, 20.6.08; LT, 29.8. und 16.10.08; NZZ, 16.10.08.; Mo. 08.3376  
49) BBl, 2009, S. 5071 und BBl, 2010, S. 427 ff.; NZZ, 23.6. und 7.11.09.  
50) BO CN, 2012, pp.1622 s.; FF, 2012, p.1311 s.; LT, 27.01.12; Lib., 10.04.12; TA, 19.05.12; LT, 06.06.12; LT, 18.09.12; 24H, 18.09.12; BaZ, 26.10.12; TA, 06.11.12; LM, 05.12.12; NZZ, 07.12.12; 24H, 12.12.12.  
51) In. Pa. 13.429; LZ, 9.3.13; LZ et SGT, 13.3.13; APZ, 24.4.13; AZ, 13.5.13; LT, 29.5.13 et 27.9.13.; Mo. 13.4008  
52) BO CN, 2017, p. 1127 ss.  
53) AB NR, 2003, S. 1558 ff.  
54) AB NR, 2007, S. 2054 ff. und Beilagen IV, S. 122 ff.  
55) LMD, 24.3.13; TG, 11.6.13.